

Zeitschrift: Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Band: 91 (2011)
Heft: 989

Artikel: Die Urschuld des Geldes
Autor: Scheu, René / Vogl, Joseph
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-735281>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 19.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Urschuld des Geldes

Am Anfang der modernen Kreditwirtschaft steht die Schuld des Staates. Kreditwirtschaft ist Schuldenwirtschaft. Und Kreditgeld eine reine Wette auf die Zukunft. Gespräch mit dem Kulturwissenschaftler Joseph Vogl über Praktiken, die auch 200 Jahre nach ihrer Erfindung noch skandalös anmuten.

René Scheu trifft Joseph Vogl

Herr Vogl, Sie prangern in Ihrem Bestseller «Das Gespenst des Kapitals» das Funktionieren der Finanzmärkte als irrational an. Dabei gehen Sie von einem bemerkenswerten Umstand aus: was auf den Finanzmärkten unter Anwendung moderner ökonomischer Theorien geschieht, ist vom Mainstream dieser Theorien nicht mehr begreifbar. Wie haben die etablierten Ökonomen auf die Avance des Kulturwissenschaftlers reagiert?

Sie haben so zwiespältig darauf reagiert, wie die Lehrmeinungen der ökonomischen Wissenschaft selbst wenig einheitlich sind. Einerseits hat man an dem Buch wohl eine gewisse Anstrengung im Umgang mit Wirtschaftstheorie respektiert, andererseits schlicht Narrenfreiheit zugebilligt. Und die habe ich ja ganz ausdrücklich beansprucht und mich zunächst darüber gewundert, dass sich

Krisen sind nicht die Ausnahme. Sie gehören als Normalfall zum Funktionieren der Finanzmärkte.

Ökonomen nach wie vor darüber wundern, dass sich heftige Finanzkrisen wie die letzte überhaupt ereignen konnten. Diese Verwunderung mancher Ökonomen ist – wie soll ich sagen? – zumindest weltfremd und zeugt von einer eigentümlichen Blindheit. Denn solche Krisen an Finanzmärkten treten seit 1987 erstens regelmässig – 1990, 1994, 1998, 2000 und 2007 – und zweitens global auf.

Am Anfang stand also das Staunen. Und was kam dann?

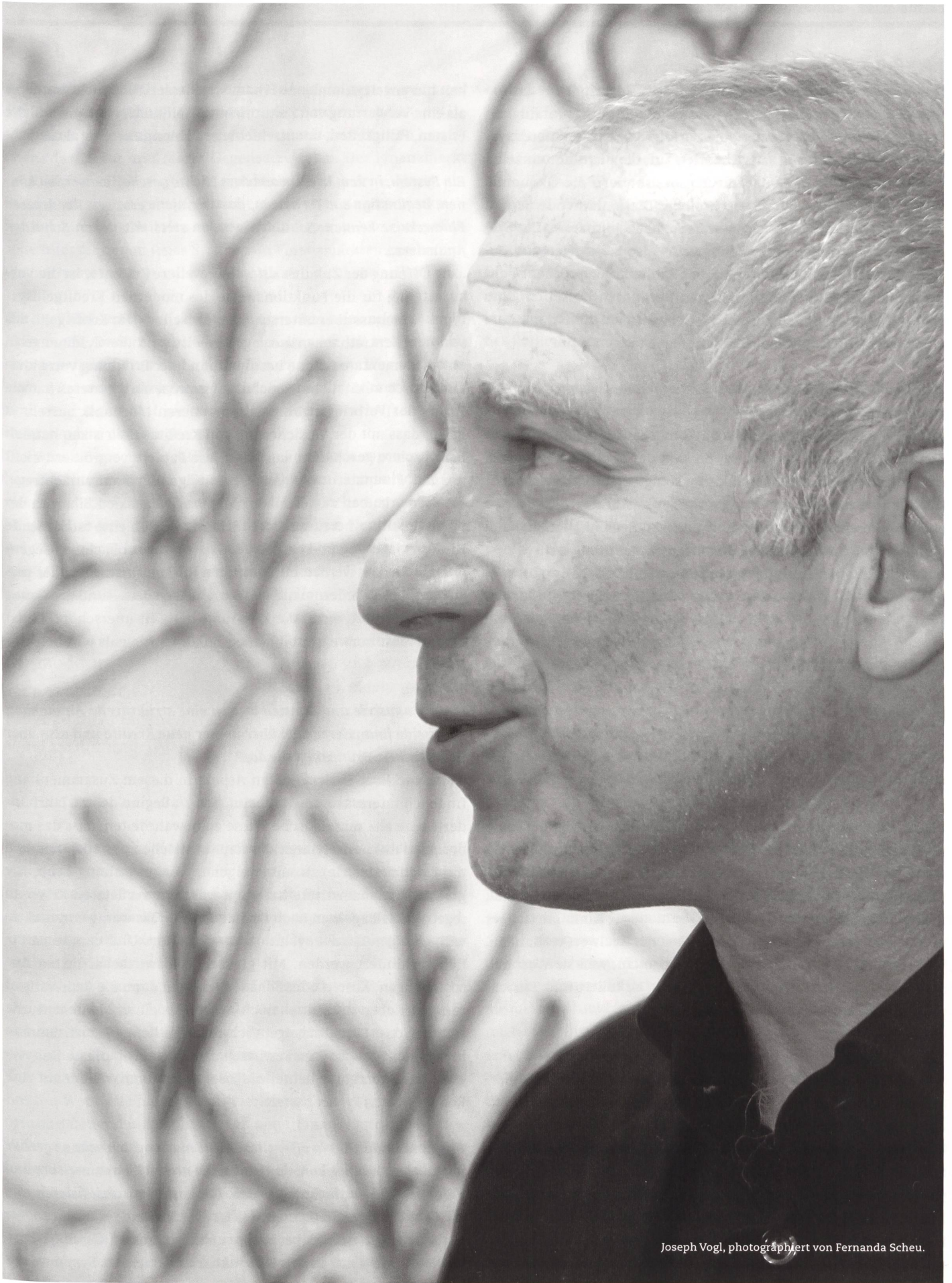
Eine zweite Verwunderung. Es ist nämlich erstaunlich, wie wenig kohärent die Erklärungsmuster für Krisen dieser Art erscheinen. Für die einen ist es eine Anpassungskrise, für die anderen ist es ein Blasenphänomen, das auf irrationalem Herdenverhalten in den Märkten beruht. Wiederum andere sprechen von Gier, andere auch von einem Problem des Staates, der falsche Anreize setzt. Hinzu kommt die Perplexität der involvierten Akteure – symptomatisch ist eine Äusserung des ehemaligen Fed-Vorsitzenden Alan Greenspan, der im Jahre 2008 eingestand, dass seine intellektuelle Weltansicht zusammengebrochen sei. Meine simple Frage war also: Wel-

Joseph Vogl

Joseph Vogl ist Professor für Literatur- und Kulturwissenschaft / Medien an der Humboldt-Universität Berlin und Autor u.a. von «Das Gespenst des Kapitals» (2010) und von «Kalkül und Leidenschaft. Poetik des ökonomischen Menschen» (2002).

che Weltansicht, welche Weltauslegung steckt in ökonomischen Theorien? Welche Grundsätze oder Vorannahmen sind darin wirksam? Und was bedeutet es, wenn in sogenannten Crashes die Welt auf dramatische Weise unleserlich, unkenntlich geworden ist? Dabei habe ich mich von verschiedenen Ökonomen inspirieren lassen, zum Beispiel vom Amerikaner Hyman Minsky, einem Schüler Joseph Schumpeters. Dessen These lautet ungefähr, dass gerade die moderne Finanzökonomie Beschreibungen oder Theorien verlangt, die nicht von der inneren Stabilität, sondern von der strukturellen Instabilität der Finanzmärkte ausgehen. Und das bedeutet ganz einfach: Krisen sind nicht das Besondere, die Ausnahme, der «schwarze Schwan». Sie sind vielmehr endogen und gehören als Normalfall zum Funktionieren der Finanzmärkte.

Die Urszene des modernen Finanzkapitalismus datieren Sie auf den 26. Februar 1797. Damals wurde die Bank von England durch das britische Parlament von der Pflicht befreit, Banknoten in Münzgeld einzuwechseln. Damit war das Geld nicht mehr gedeckt. Es wurde ein System begründet, das ohne reale Referenz auskommt. Es ging mir dabei um die Rolle des öffentlichen Kredits. Die Kreditwirtschaft über Wechselbriefe, Schuldverschreibungen, Depositen etc. reicht natürlich viel weiter zurück – ohne sie wäre der seit dem Spätmittelalter entstehende Handelskapitalismus nicht möglich gewesen. Was mich am Jahr 1797 besonders interessiert, ist das zeitliche Zusammentreffen zweier Ereignisse. Einerseits hob das englische Parlament die Einlöschungspflicht der Bank von England für Papiergeld auf, um so billig zu Geld zu kommen und den Staatshaushalt zu sanieren. Andererseits wurde im Februar 1797 in Frankreich das Projekt der sogenannten «Assignaten» für gescheitert erklärt, das ist jenes Revolutionsgeld, das unter anderem durch den konfiszierten Landbesitz der Kirchen gedeckt war. Im selben Jahr,



Joseph Vogl, photographiert von Fernanda Scheu.

in dem die Insolvenz des französischen Staats das Ende für das Assignatenprojekt bedeutete, erwies sich die Zahlungsunfähigkeit Englands als Voraussetzung eines erfolgreichen Banknotensystems. Es treten nun erstmals Theorien auf, die nicht nur einzelne kaufmännische Akte der Kreditvergabe, sondern die Ökonomie selbst als Kreditwirtschaft beschreiben. Die umlaufende Schuld wird so zur Grundlage für elementare Austauschprozesse. Das System funktioniert nicht über Zahlungen – also Leistungen und Gegenleistungen –, sondern primär über Zahlungsverprechen. Oder wie Schumpeter es formulierte: man begann zu begreifen, dass man mit dem Anspruch auf ein Pferd zwar nicht reiten, mit dem blossen Anspruch auf Geld aber Zahlungen tätigen kann.

Halten wir also fest: am Anfang des Banknotensystems war eine staatliche Schuld.

Immer wieder hatte das englische Königshaus das Eigentum der Londoner Kaufleute konfisziert. So kam der Vorschlag zustande, die Enteignung beziehungsweise den königlichen Diebstahl nachträglich in einen Schuldvertrag zu verwandeln. Auf diese Weise entstand bereits Ende des 17. Jahrhunderts die Bank von England, dieses private Institut, das die Finanzierung des Königshauses zum Auftrag hatte. Die Gründungsszene ist emblematisch. Es gibt wohl

kaum einen modernen Staat, der nicht aus dem Geist der Schuld heraus entstanden wäre.

Es gibt wohl kaum einen modernen Staat, der nicht aus dem Geist der Schuld heraus entstanden wäre.

Geld im modernen Sinne bedeutet also: ein Kreditpapier – eine Wette auf die Zukunft – wird Zahlungsmittel.

Das ist eine ziemlich präzise Definition der Banknote. Für die Leute im ausgehenden 18. Jahrhundert war es allerdings nicht selbstverständlich, dieses Phänomen zu begreifen. Man geht ja intuitiv davon aus, dass Banknoten etwas repräsentieren, ein Stück Land, Edelmetall, irgendetwas Greifbares. Die moderne Banknote ist aber nicht mehr mit einem festen Referenten oder Realwert verbunden. Wie schon Karl Marx sagte: sie zirkuliert nicht, weil sie Wert hat, sondern sie erhält Wert dadurch, dass sie zirkuliert und Tauschprozesse ermöglicht.

Ich muss gestehen: ich finde diesen Gedanken auch gut 200 Jahre später ebenso skandalös wie faszinierend. Das moderne Papiergeldsystem scheint in seinem Kern also nichts anderes zu sein als ein grossangelegtes Schneeballsystem?

Das Kreditgeldsystem ist stets solvent und insolvent zugleich. Solvenz und Insolvenz zirkulieren gleichermassen. Der Clou der ganzen Angelegenheit besteht eben darin, dass es nur durch seine konsequente Verzeitlichung, durch seine dauerhaft offene Zukunft funktionieren kann. Jede Transaktion muss eine weitere Transaktion ermöglichen usw. Das Finanzsystem ist auf seine irdische Ewig-

keit hin angelegt, und jede Finanzkrise ist letztlich nichts anderes als eine Verwerfung von Zeithorizonten: plötzlich werden endliche Fristen, Fälligkeiten, unaufschiebbare Zahlungstermine aktuell.

Ein System, in dem Kredite aus dem Nichts geschaffen werden können, begünstigt ein Verhalten, das wir nicht erst seit der letzten Finanzkrise kennen: Schulden werden stets mit neuen Schulden finanziert...

...die Öffnung der Zukunft auf immer weitere Zukünfte ist die Voraussetzung für die Funktionsweise des modernen Kreditgeldsystems. Man muss aber unterscheiden zwischen dem Kreditgeld, das von den Zentralbanken ausgegeben wird und die Geldmenge in einem elementaren Sinne bestimmt, und der Erhöhung von Liquidität durch zusätzliche Verschuldungsprozesse. Letzteres hat die Praxis der Verbriefungen bestimmt. Deren Mechanik besteht ja darin, dass mit der Versicherung von Kreditausfallrisiken handelbare Papiere geschaffen wurden. Diese Papiere vergrössern nicht nur das Finanzierungsangebot bei steigender Kapitalnachfrage, sondern erlauben zugleich auch, die Passiva aus den Bilanzen der Finanzinstitute herauszukürzen. Hier lässt sich eine fortlaufende Risikoverlagerung und eine Art Ponzistruktur beobachten: Gegenwärtige Risiken werden mit künftigen Risiken finanziert oder versichert, diese wiederum mit weiteren Risiken usw. – und das Ganze funktioniert nur, wenn die Ressource der Zeit unerschöpflich ist und all diese vorweggenommenen Zukünfte niemals wirklich eintreffen.

Finanzindustrie und Staaten weisen eine strukturelle Ähnlichkeit auf: beide finanzieren sich über immer neue Kredite und also über neue Risiken. Beunruhigt Sie das?

Nicht wirklich. Einen anderen Aspekt in diesem Zusammenhang finde ich interessanter. Es scheint sich zu Beginn des 21. Jahrhunderts eine alte marxistische These zu bewahrheiten: dass das modernste Funktionselement des kapitalistischen Systems, nämlich die Finanzindustrie, zu seiner eigenen Verstaatlichung neigt. Die grössten Finanzinstitute hatten ja während der letzten Krise ein regelrechtes Begehren nach Sozialisierung. Das war, wenn man so will, eine geradezu «revolutionäre» Situation. Und musste natürlich verhindert werden. Mit grossen volkswirtschaftlichen Anstrengungen, Kosten oder Schäden hat man dann die Reprivatisierung betrieben und tut es noch heute. Für einen Moment wurde sichtbar, dass Liquidität eigentlich ein öffentliches Gut ist, das man besser nicht der privaten Bewirtschaftung allein überlässt. Das vergisst man, wenn man heute, wie Josef Ackermann, wieder auf eine Rendite von 25 Prozent setzt.

Aus der Liquidität ein öffentliches Gut machen? Ich sehe es gerade umgekehrt: wenn schon, dann müssten grosse Finanzinstitute und Staat radikal entflochten werden. Die Kosten zu sozialisieren und die Gewinne zu privatisieren, das ist eine Strategie, die in korporatistischen Systemen zu beobachten ist. Die grossen Geschäftsbanken leben nicht nur in den USA faktisch in einer Art Symbiose mit

den Staaten, wo CEOs von Banken zu Finanzministern werden und Parlamentarier zuhauf im Dienste grosser Banken stehen.

Man muss sich wohl von der alten liberalistischen Illusion losmachen, dass Staat und Markt Gegensätze seien. Der Finanzmarkt zeigt ja recht plakativ, inwiefern der angeblich freie Markt ein Schauplatz ist, der gehegt, finanziert und immer neu bewerkstelligt werden muss. Seit den 1970er Jahren haben vehemente politische Interventionen jenes System von Finanzmärkten geschaffen, die uns heute in Atem halten. Das ergab sich nicht von selbst.

Die angeblichen Liberalisierungen waren eben keine echten Liberalisierungen, sondern staatliche Veranstaltungen, die bestimmte Institute privilegierten und andere benachteiligten. Was wir brauchen, wäre ein wirklich freier Markt ohne implizite Staatsgarantie und ohne staatlich legitimierte Eigenmittelvorschriften. Nicht mehr, sondern weniger Staat!

Das wäre eine recht beschränkte Perspektive. Jede sogenannte Liberalisierung meint ja die Durchsetzung eines ökonomischen Regimes und folgt der Hoffnung, dass der Markt besser als andere Veranstaltungen die Gesellschaft regiert. Der Neoliberalismus der Chicagoer Schule hat sich in den 1970er Jahren begeistert mit den Militärdiktaturen Südamerikas verbündet. Und in manchen

Die moderne Finanzindustrie neigt zu ihrer eigenen Verstaatlichung.

China ist keine freie Marktwirtschaft, sondern der klassische Fall von Staatskapitalismus. Es ist hier der Staat, der sämtliche Banken und wichtigen Unternehmen kontrolliert. Für wie zukunftssträftig halten Sie unser Kreditgeldsystem mit angeblich freien Wechselkursen, wie sie seit dem Zusammenbruch des goldbasierten Systems von Bretton Woods gelten?

Das Problem scheint mir weniger in flottierenden Wechselkursen und in der Abschaffung des Goldstandards zu liegen – das Abkommen von Bretton Woods war schon seit geraumer Zeit erodiert, und goldbasierte Währungen waren bereits im 19. Jahrhundert nicht unbedingt der Regelfall. Allerdings hatte das Ende von Bretton Woods im Jahre 1973 zweierlei ergeben: einerseits die Eröffnung neuer Finanzmärkte für neue Finanzinstrumente wie Währungsderivate, mit denen Kursrisiken abgesichert oder «gehedged» werden konnten, andererseits aber eine neue internationale Finanzindustrie. Spätestens seit den 1990er Jahren konnte sie mit einem rasanten Mobilitätsvorsprung gegenüber den schwerfälligen Nationalstaaten und mit ganz anderen Renditeerwartungen als die produzierende Industrie operieren. Sehr ver-

einfacht könnte man sagen: nach dem Ende von Bretton Woods sind die lokalen Börsenmärkte zum Modell für die Finanzökonomie insgesamt und die Finanzmärkte zum Modell oder Motor der Restökonomie geworden. Die Dynamik der Finanzmärkte diktiert den Gang des ökonomischen Geschehens überhaupt: Auslagerung von Arbeitsplätzen, Reinvestition von Erträgen in Finanzprodukte, Flexibilisierung von Arbeitsmärkten, Privatisierung öffentlicher Domänen, Schaffung neuer Märkte für Gesundheit, Bildung, Wissenschaft etc. Die Reproduktion des Finanzkapitals bestimmt die Reproduktionsweisen in allen anderen sozialen, kulturellen Bereichen. Ich würde so etwas ein Souveränwerden des Kapitals nennen.

Da bin ich wiederum anderer Meinung. Aber lassen wir die Diskussion. Kommen wir nochmals zu Ihrem Buch, das ja auch eine Studie über die bürgerliche Gesellschaft ist. Was ist das eigentlich, der bürgerliche Mensch?

Der Bürger ist ein Typus, der im 18. Jahrhundert zum Kern des politischen und ökonomischen Denkens wurde. Als soziales Atom war er ein Funktionselement der civil society, die in der Aufklärung durch zwei Eigenschaften charakterisiert wurde: durch Rechtsstaatlichkeit bzw. Rechtsgarantien und durch eine Verkehrsform, in deren Zentrum der Tausch bzw. der Markt steht. Der bürgerliche Mensch war also ein ökonomischer Mensch, der sich einerseits durch die Rechtsform des Eigentums, andererseits durch Tauschbeziehungen bestimmte, mit denen seine Leidenschaften oder Begierden in Interessen verwandelt wurden. Und dank des Marktes brachten die disparaten Interessen der einzelnen dann eine gleichsam harmonische Sozialordnung hervor – wie durch eine «unsichtbare Hand» geleitet, nach Adam Smith. Ausgestattet mit diesen Eigenschaften wollte man den bürgerlichen oder ökonomischen Menschen als den Menschen schlechthin begreifen.

Sie benutzen die Vergangenheitsform. Was ist der bürgerliche Mensch heute?

Ich glaube, dass es heute nicht mehr viel Sinn hat, von einer bürgerlichen Gesellschaft zu reden. Schon «Zivilgesellschaft» bedeutet heute etwas anderes. Der ökonomische Mensch lebt heute in der ökonomischen Wissenschaft nur noch als Schatten oder theoretisches Konstrukt fort, als eine Art *rational fool*. Mit der Annahme dieses *rational fool* kann man beispielsweise alle möglichen Bereiche und Institutionen der Gesellschaft auf ihre Rationalität hin testen. Er ist eine blosse Hypothese, eine theoretische Sonde für bestimmte Entscheidungssituationen. Und was den Bürger selbst betrifft: schon das 19. Jahrhundert hat den *citoyen* gegenüber dem *bourgeois* verblissen lassen. Und seine Existenzweise wurde seit der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts wohl wesentlich vom Typus des Angestellten bestimmt. Das ist ein Typ, dessen ökonomische Lage der des Proletariats ähnelt, in dem aber das Bürgertum in Gestalt von Wunschbildern überlebt: Kleinfamilie, Weekend, Unterhaltungskultur und eine rosarot eingefärbte Moral, wie Siegfried Kracauer gesagt hätte.

15. Philosophicum Lech

21. bis 25. September 2011, Lech am Arlberg



Die Jagd nach dem Glück.

Perspektiven und Grenzen guten Lebens.

Das Philosophicum Lech findet jeden Herbst in Lech am Arlberg statt. Das kulturwissenschaftliche Symposium verbindet Wissenschaft und aktuelle Diskussion mit dem Zauber des Hochgebirges und der Gastlichkeit von Lech. Mehr als 500 Teilnehmende widmen sich in vier Tagen einer konzentrierten intellektuellen Auseinandersetzung und Begegnung. Das Thema 2011: Das Glück.

Was ist Glück? Welchen Glücksvorstellungen jagen wir nach? Ist Glück ein Glücksspiel, eine Sache des Zufalls? Ist jeder wirklich seines Glückes Schmied? Und was bedeutet es dann, im Leben einfach kein Glück zu haben?

Die Philosophie stellt die Frage nach den Perspektiven und Grenzen eines guten, glücklichen Lebens seit der Antike. Darüber werden beim 15. Philosophicum Lech Philosophen und Kulturwissenschaftler, Mathematiker und Soziologen vortragen und diskutieren: Michael Fleischhacker, Reinhard Haller, Rahel Jaeggi, Michael Köhlmeier, Konrad Paul Liessmann, Thomas Macho, Sabine Meck, Beate Rössler, Karlheinz Ruckriegel, Wilhelm Schmid, Peter Sloterdijk, Peter Strasser, Rudolf Taschner, Dieter Thomä (Änderungen vorbehalten.)

Veranstalter

Gemeinde Lech am Arlberg, Verein Philosophicum Lech

Konzept und wissenschaftliche Leitung

Univ. Prof. Dr. Konrad Paul Liessmann

Information und Anmeldung

Lech-Zürs Tourismus GmbH, Reservierungszentrale

A 6764 Lech am Arlberg, Telefon +43 5583 2161-233

Telefax +43 5583 3155, E-Mail tamara.malli@lech-zuers.at

www.philosophicum.com

Das ist eine steile These. Ich würde sagen: der Mittelstand hat das Erbe der bürgerlichen Gesellschaft angetreten.

Ich bin kein Soziologe. Mir scheint aber, dass der sogenannte Mittelstand weniger eine soziale Tatsache als vielmehr ein politischer Topos oder Gemeinplatz ist. Wer vom Mittelstand spricht, adressiert eine Art gesellschaftlichen Nabel, der fern aller Extreme liegt: nicht zu links und nicht zu rechts, nicht zu reich und nicht zu arm, nicht extravagant und nicht allzu bescheiden, ein wenig mitfühlend und ein wenig konkurrenzlos. Die Rede vom Mittelstand gehört ins Fach politischer Wellness.

Klar, Politiker wenden sich gerne an eine diffuse «Mitte» und meinen damit alle und niemanden. Zugleich ist der bürgerliche Mittelstand jedoch ein reales Phänomen, auch wenn er keine politische Vertretung hat. Er ist, mit Peter Sloterdijk zu sprechen, «die Summe derer, die sich verbessern können» – aus eigenem Antrieb.

Ökonomisch gesehen ist der Mittelstand eine bedrohte Spezies. Er fürchtet den Sozialismus, wird aber von Konzernen aus dem Geschäft gedrängt. Oder er steht als Selbständiger am Rande eines urbanen Prekariats. Und nicht von ungefähr sind seit den 1990er Jahren insbesondere in den USA, seit den «Reaganomics», regelrechte

Gerade im kapitalistischen Kernland träumt der Mittelstand vor allem den Albtraum seines sozialen Abstiegs.

Mittelstandsdramen aufgetaucht, mit Titeln wie «Falling Down», einem Film von 1993, in dem Michael Douglas die Hauptrolle spielt. Plötzlich ohne Job, ohne Familie, ohne Versicherung bleibt von dieser wohlhabenden Mitte nur ein leeres Gehäuse

zurück, wie ein verpfändetes Häuschen in einer der netten Suburbs. Gerade im kapitalistischen Kernland träumt der Mittelstand vor allem den Albtraum seines sozialen Abstiegs.

Ich würde eher sagen: wer sich zum Mittelstand zählt, arbeitet am gesellschaftlichen Aufstieg.

Das passt, zumindest in den USA, wenig mit den statistischen Daten zusammen. Unter den Industriestaaten ist es zum Land mit der geringsten Aufstiegsmobilität geworden. Die sogenannte Armut- oder Reichtumsschere, die Polarisierung zwischen extrem hohen und extrem geringen Einkommen, lässt für Mittellagen immer weniger Platz, und die Wahrscheinlichkeit, dass Armut bloss Armut und Reichtum nur Reichtum reproduziert, ist signifikant gestiegen. 44 Millionen Amerikaner würden von Lebensmittellagen leben, hat jüngst das «Handelsblatt» berichtet. Im Land der unbegrenzten Möglichkeiten sind die Chancen recht begrenzt.

Ich kenne die USA nicht im Detail. Ich denke aber nicht, dass ich einer Illusion aufsitze, wenn ich sage: in der Schweiz funktioniert die soziale Mobilität – wer gut ausgebildet ist, hart arbeitet und das nötige Quentchen Glück hat, hat gute Aufstiegschancen.

Mag sein. Ich möchte aber daran erinnern, dass der Mittelstand vor allem ein Sorgenstand ist, dessen Sorgen und Ängste politisch bewirtschaftet werden müssen. Die Angst vor dem Ende des amerikanischen Traums hat in den USA die «Tea Parties» hervorgebracht, eine Bewegung des weissen amerikanischen Mittelstands aus den Vorstädten. Und auch in der Schweiz wurden die Angstressourcen des Bürgertums in den letzten Jahren politisch wohl recht effizient verwertet. Aber ich kenne die Schweiz nicht im Detail. ◀